



Niederschrift

43. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.10.2012
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Hans-Wilhelm Dünn CDU/ANW Leitung der Sitzung

Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister DIE LINKE
Frau Ingrid Püschel DIE LINKE
Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE
Herr Volker Klamke SPD Teilnahme bis 19:40 Uhr
Frau Hannelore Knoblich SPD
Frau Anke Michalske-Acioglu SPD
Herr Andreas Menzel Bündnis 90/Die Grünen
Herr Johannes Baron v. d. Osten
gen. Sacken FDP
Frau Ute Bankwitz BürgerBündnis

sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth CDU/ANW
Herr Florian Engels SPD Teilnahme bis 19:40 Uhr
Frau Christiane Erning Potsdamer Demokraten
Frau Kathleen Krause SPD Teilnahme ab 17:50 Uhr
Frau Beate Kruczek FDP
Frau Sabine Speck BürgerBündnis
Herr Dr. Alexander Steinicke DIE LINKE Teilnahme ab 17:55 Uhr
Herr Sandro Szilleweit Die Andere
Herr Daniel Zeller Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

Gast

Frau Petra Rademacher	komm. FBL Bildung und Sport
Herr Dietmar Weiberlenn	BL Schule
Herr Torsten Gessner	BL Sport
Herr Hansjörg Wapenhans	KIS
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatliches Schulamt Brandenburg.
Herr Klaus Mertins	Schützenverband
Frau Dr. Carola Gnadt	SL Humboldt-Gymn.
Herr Uwe Müller	Vors. Schulkonferenz Humboldt-Gymn.
Frau Matthesen	Elternsprecherin Humboldt-Gymn.
Herr Dallorso	Schulkonferenz Humboldt-Gymn.
Leo Brands	Schüler Humboldt- Gymn.
Christopher Lennert	Schüler Humboldt- Gymn.
Frau Anne Pichler	Stadtsportbund
Herr Michael Kroop	GB 2
Herr Rico Abraham	Rollsportkollektiv Potsdam
Herr Thomas Dittrich	Rollrausch e. V.
Herr Peer Müller	Rollrausch e. V.
Herr Patrick Hinz	Rollrausch e. V.
Herr Tobias Borstel	Polarstern Potsdam e. V.
Frau Nadine Festau	MAZ
Frau Grit Weirauch	PNN

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Arndt Sändig	Die Andere	nicht anwesend
-------------------	------------	----------------

sachkundige Einwohner

Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Dr. Manja Orłowski	SPD	entschuldigt
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	nicht anwesend

Schriftführer/in: Frau Gudrun Wildgrube

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.09.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Benennung eines Mitgliedes für die Auswahljury zur Trägerfindung des Begegnungszentrums in der Stadtteilschule Drewitz
- 4 Deutscher Schützentag 2013 in Potsdam - Vorstellung der Veranstaltung
- 5 Information des Staatlichen Schulamtes zum Sachstand Lehrerersatzpool
- 6 Sachstand der Sanierungsprojekte Goethe-/Einstein-/Humboldt-Gymnasium
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 7.1 Neubau einer Skaterhalle
Mitteilungsvorlage: 12/SVV/0590
FB Bildung und Sport
 - 7.2 Wohnheimplätze am Luftschiffhafen
Vorlage: 12/SVV/0601
Fraktion DIE LINKE
neue Fassung vom 19.09.12
 - 7.3 Übertragung der Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Sachmitteln des Schulträgers auf die Schulen
Mitteilungsvorlage: 12/SVV/0571
FB Bildung und Sport
 - 7.4 Gesamtschule am Standort Schilfhof
Vorlage: 11/SVV/0338
Fraktion DIE LINKE
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
 - 8.1 Schulessen - Bericht zu den Potsdamer Krankheitsfällen
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2

Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.09.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Dünn macht kurze Ausführungen zu seiner Person und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er informiert, dass von Herrn Wollenberg ein Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung vorliegt. Es wird darum gebeten, den noch im Geschäftsgang befindlichen und wiederholt zurückgestellten Antrag DS 11/SVV/0338 in der heutigen Sitzung zu behandeln. Dazu wurde eine neue Fassung als Tischvorlage ausgereicht.

Herr Wollenberg begründet sein Anliegen damit, dass die für September zugesagte Verwaltungsvorlage bisher nicht vorliege. Das Anmeldeverfahren für den Übergang in Klasse 7 laufe an. Insofern gebe es Handlungszwang, um der Schule am Standort Schlaatz einen guten Start zu verschaffen.

Frau Dr. Magdowski informiert, dass die Beschlussvorlage der Verwaltung vorliege und sich zur Abstimmung in der Verwaltungsleitung befindet.

Frau Knoblich hat ein Problem den Antrag heute zu beschließen. Man müsse sich im Klaren darüber sein, ob man diese Verfahrensweise zulasse. Der Antrag könnte als Dringlichkeitsantrag in die Novemberversammlung der Stadtverordnetenversammlung eingebracht und ordnungsgemäß nach Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden. Die vorgeschlagene Verfahrensweise hält sie für fragwürdig.

Herr Klamke erklärt, dass man sich in der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung verständigt habe.

Frau Michalske fragt, was dagegen spricht, den Antrag in der Novemberversammlung der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln.

Herr Wollenberg erklärt, dass es einen Antrag im Geschäftsgang gebe. Nach der Geschäftsordnung könne kein neuer Dringlichkeitsantrag mit gleichem Thema eingebracht werden.

Herr Dörnbrack führt aus, dass es schnell geschehen müsse, wenn man sich für einen Gesamtschulstandort am Schlaatz entscheidet. Das Staatliche Schulamt müsse eine Lehrkraft für die Schulleitung und mindesten vier Klassenlehrer finden, damit der Schulbetrieb aufgenommen werden kann. Das Schulamt müsse zudem schnell in die Werbung gehen, sonst wäre die Schule zum Scheitern verurteilt.

Herr Dünn bittet um Abstimmung darüber, ob die DS 11/SVV/0338 auf die Tagesordnung genommen werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

Herr Dünn stellt fest, dass sich die Mehrheit der Ausschussmitglieder für die Behandlung ausgesprochen hat. Der Punkt soll unter TOP 7.4 aufgerufen werden. Er informiert weiter darüber, dass Frau Michalske-Acioglu unter dem TOP Sonstiges Informationen zum Stand der Verhandlungen zum veränderten Einbau einer Schulküche an der Pierre de Coubertin-Oberschule wünscht. Zu TOP 6 liegt ein Antrag auf Rederecht für Frau Dr. Gnad, Schulleiterin des Humboldt-Gymnasiums, vor. Zu TOP 7.1 wurde Rederecht für Herrn Abraham vom Rollsportkollektiv Potsdam beantragt. Herr Wickidal, Vorsitzender des Brandenburgischen Schützenbundes, hat sich entschuldigt. Deshalb wird Herr Mertins Ausführungen zu TOP 4 machen.

Gegen die beantragten Rederechte gibt es keine Einwände.

Herr Menzel bittet darum, einen Tagesordnungspunkt Bildungsstandards an Potsdamer Schulen aufzunehmen. Die bisher erhaltene Antwort reiche ihm nicht aus.

Herr Dörnbrack ist bereit zu antworten, wenn konkrete Fragen formuliert werden. Er bittet Herrn Menzel konkret zu formulieren, was er bezüglich Bildungsstandards wissen möchte.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 11.09.2012 werden keine Einwände vorgebracht.

Die Tagesordnung soll um TOP 7.4 und die Information zur Pierre de Coubertin-Oberschule unter Sonstiges erweitert werden. Die geänderte Tagesordnung wird mit 9 Stimmen dafür und 1 Stimmenthaltung beschlossen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung am 11.09.2012 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 3 Benennung eines Mitgliedes für die Auswahljury zur Trägerfindung des Begegnungszentrums in der Stadtteilschule Drewitz

Herr Dünn informiert, dass sich Frau Michalske-Acioglu als Mitglied für die Auswahljury beworben hat. Er fragt, ob es weitere Vorschläge gibt. Da das nicht der Fall ist, bittet er um Abstimmung.

Die Ausschussmitglieder bestätigen mit 10 Stimmen, einstimmig, Frau Michalske-Acioglu als Mitglied für die Auswahljury zur Trägerfindung des Begegnungszentrums in der Stadtteilschule Drewitz.

zu 4 Deutscher Schützentag 2013 in Potsdam - Vorstellung der Veranstaltung

Herr Mertins, Geschäftsführer des Organisationsbüros, informiert, dass der Deutsche Schützentag alle zwei Jahre stattfindet. Die Stadt Potsdam hat sich beworben, die Veranstaltung durchzuführen. Deshalb soll der Ausschuss für Bildung und Sport in Kenntnis gesetzt werden. Der Deutsche Schützentag 2013

wird am 27. April 2013 stattfinden. Die Schirmherrschaft hat der Ministerpräsident des Landes Brandenburg übernommen. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam hat seine Unterstützung zugesagt. Er informiert über den Ablauf der Veranstaltung, zu der ca. 1.200 Teilnehmer erwartet werden. Höhepunkt wird ein Festumzug mit mehreren Orchestern sein.

Die Ausschussmitglieder stellen Fragen dazu, in welcher Form Unterstützung durch die Stadt zugesagt wurde und ob es Sponsoring durch die Stadt gebe.

Die Fragen werden von Herrn Mertins beantwortet.

zu 5 **Information des Staatlichen Schulamtes zum Sachstand Lehrerersatzpool**

Herr Dörnbrack erläutert, dass es ein gemeinsames Schreiben des Oberbürgermeisters, des Kreisschulbeirates und des Kreiselternrates an die Ministerin gab, welches das Staatliche Schulamt zur Prüfung erhalten habe. Im Schuljahr 2012/13 konnte man dem Anliegen nicht entsprechen, weil die Schuljahresplanung abgeschlossen und das Budget ausgeschöpft war. Der Vertretungsfonds für Potsdamer Grundschulen sollte geprüft werden. Es wird darauf hingewiesen, dass das Staatliche Schulamt Brandenburg für einen Schulamtsbereich, nicht nur für die Stadt Potsdam, sowie für alle Schulformen zuständig ist. In den anderen Regionen gibt es eine ähnliche Problematik. Insofern ist es nicht zu vertreten nur Potsdamer Grundschulen zu finanzieren. Wenn es Unterstützung geben soll müsse diese gleichberechtigt für alle Regionen erfolgen.

Das Staatliche Schulamt Brandenburg ist interessiert den Vorschlag weiter zu verfolgen, wie er in der Stadt Potsdam praktiziert wurde. Für den Schulamtsbereich würden dafür 15 VZE benötigt. Dieser höhere Stellenverbrauch müsste geprüft werden. Dazu soll es am 24.10.2012 im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport eine Beratung mit dem Oberbürgermeister bzw. einem Vertreter und dem Staatlichen Schulamt geben.

Herr Engels findet es richtig, wenn Geld zur Verfügung gestellt wird. Er möchte wissen wie viel das bei 15 VZE ausmache.

Herr Dörnbrack erklärt, dass 1 VZE einer Vollzeit Lehrerstelle entspreche. Diese müsse in Geldwert umgewandelt werden. Dieses Geld würde dann für Honorarverträge zur Verfügung stehen. Wie viel das in Euro ist, kann er in der Sitzung nicht benennen.

Herr Dörnbrack gibt zu Protokoll: 1 VZE entspricht bei einer Kapitalisierung ca. 55 TEUR.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

Herr Menzel erklärt, dass das Land Brandenburg nicht die besten Ergebnisse bezüglich der Schulqualität aufweise. Man habe einen hohen Unterrichtsausfall, bekomme Inklusion und werde Bildungsstandards einführen müssen. Das führe zu einem hohen Weiterbildungsbedarf der Lehrkräfte. Er möchte wissen, wie weit der Unterrichtsausfall durch Weiterbildung noch steige.

Herr Dörnbrack stellt richtig, dass Bildungsstandards in den Schulen eingeführt sind. Bei Unterrichtsausfall und Fortbildung gebe es ein bestimmtes Organisationsprinzip, das in Verantwortung der Schulen liegt. Wenn Fortbildungen anfallen, sind diese in den Schulen zu kompensieren. Die Fortbildung werde nicht das Problem sein. Problem seien Ausfälle auf Grund der Lehrgesundheit, wo Lehr-

kräfte ersetzt werden müssen.

Herr Menzel sieht das anders. Wenn man Inklusion machen wolle, müsse das ganze Kollegium geschult werden.

Herr Dörnbrack erklärt, dass die Lehrkräfte 30 Tage Urlaub haben. Für Fortbildungen werden Ferien oder disponible Ferientage genutzt.

Herr Wollenberg möchte wissen, wie man mit dem Problem umgehen wolle, wenn die 15 VZE vom Ministerium nicht zugewiesen werden.

Herr Dörnbrack informiert, dass man dies in der einzelnen Schule kompensieren müsse. Wenn eine Lehrkraft langfristig ausfällt, müsse man das über eine befristete Einstellung lösen.

Frau Dr. Magdowski verweist auf die Veröffentlichung der Ergebnisse der Schulvisitation. Sie möchte wissen, ob die Möglichkeit bestehe, in die Visitationsberichte aufzunehmen, wie viel Unterricht an einer Schule konkret ausgefallen ist.

Herr Dörnbrack erklärt, dass es dadurch kein anderes Ergebnis geben würde. Die Visitation habe nicht die Aufgabe den Unterrichtsausfall zu bewerten, sondern wie Schule entsprechend ihres Vertretungskonzeptes mit dieser Situation umgeht.

Frau Erning möchte wissen, wie der Ausschuss das Ministerium in die Pflicht nehmen könne.

Herr Dörnbrack informiert, dass sich das Staatliche Schulamt Brandenburg als Pilotprojekt anbieten werde, wenn die Ausstattung von 15 VZE durch das Ministerium komme. Man sollte das Ergebnis des Gespräches im Ministerium abwarten.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, den Tagesordnungspunkt in der Sitzung am 27.11.2012 erneut aufzurufen.

zu 6 **Sachstand der Sanierungsprojekte Goethe-/Einstein-/Humboldt-Gymnasium**

Frau Dr. Gnadt erklärt, dass die Schule seit Ende des letzten Schuljahres keine Informationen erhalten habe. Sie ist von der Schulkonferenz beauftragt, den Sachstand in Erfahrung zu bringen. Die Schule möchte wieder in das Baugeschehen einbezogen werden. KIS, Schulträger und Schule haben einen gesellschaftlichen Auftrag und die Schule erwarte, dass sie einbezogen wird.

Herr Wapenhans verweist auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, die drei Projekte in Eigenfinanzierung durchzuführen. Der KIS sei aktiv geworden und habe die Finanzierung in den Wirtschaftsplan KIS eingebunden. Ende August 2012 habe man die Genehmigung des Wirtschaftsplanes KIS erhalten, so dass man die drei Projekte als Kreditfinanzierung umsetzen könne. Die mit der Schule getroffenen Absprachen wolle man umsetzen, könne aber die Planungen der früheren ÖPP-Bewerber nicht direkt verwenden. Der KIS habe für alle drei Standorte Planer ausgewählt und wird Verträge mit Architekturbüros abschließen. Die Architekten werden die mit den Schulen abgestimmten Maßnahmen umsetzen. Vorher war es ein Gesamtprojekt, jetzt seien es drei Einzelprojekte, die man bis Ende 2014 umsetzen werde. Wenn die Planer anfangen zu arbeiten, werde man die Zusammenarbeit mit den Schulen wieder vertiefen. Der Abriss des Blau-

hauses werde wie vorgesehen umgesetzt.

Frau Bankwitz fragt, welche Ideen es für die Planung gebe.

Herr Wapenhans erklärt, man plane den Platz, auf dem sich bislang das Blauhaus befindet, für den Bau des Sportplatzes und des Neubaus zu verwenden. Das Gelände hinter der Turnhalle sei städtisches Eigentum, auf dem eine andere Nutzung, Gewerbe und Wohnungen, vorgesehen sei. An dieser Umsetzung werde gearbeitet.

Herr Wollenberg erinnert an das Planungsverfahren der weiterführenden Schule im Bornstedter Feld. Dort habe es sich als positiv erwiesen, dass die Schule bei der Auswahl des Planers einbezogen war. Er möchte wissen, wie die Planung für welche Fläche sein soll. Es sei sinnvoll die Schule einzubeziehen und er fragt, welchen Weg man sehe dies möglich zu machen.

Herr Wapenhans erklärt, dass man so plane, wie es bei ÖPP vorgesehen war. Das hintere Gelände werde für städtebauliche Entwicklung abgegeben. Man beabsichtige nicht, das Thema nochmal aufzumachen, weil das finanzielle Auswirkungen habe.

Frau Dr. Gnadt erläutert, dass im Rahmen von ÖPP festgeschrieben wurde, dass das Rollsportgelände Schulgelände ist. Das muss so sein, sonst reiche die Schulfläche nicht aus. Erst nach der Schule könne eine Nutzung durch Vereine erfolgen.

Frau Knoblich merkt an, dass das Gelände hinter der Schule eine Vorbehaltsfläche für die Schule war. Sie möchte wissen, wofür das hintere Gelände jetzt vorgesehen sei.

Herr Wapenhans erklärt, dass Potsdam Wohnungen brauche. Es sei eine Interessenabwägung.

Frau Erning spricht sich dafür aus, die Schule in die Planung einzubeziehen.

Herr Wapenhans erklärt, dass man mit der Planung nicht bei Null anfangen und die Schule wieder einbezogen werde.

Frau Bankwitz spricht sich für einen Flächenvergleich aus. Sie könne sich nicht vorstellen, dass man alles für Schule Erforderliche im vorderen Bereich unterbringen kann und möchte wissen, was auf welcher Fläche untergebracht werden soll und wie groß die einzelne Fläche ist. Das möchte sie zahlenmäßig unterlegt haben.

Herr Wollenberg unterstützt das Anliegen. Er bittet darum, mit dem Protokoll eine Planung oder Aufstellung der Flächen auszureichen, wo zu erkennen ist, wie die Flächen verwendet werden sollen. Außerdem bittet er den KIS zu Protokoll zu geben, wie die Einbeziehung der Schule funktionieren soll.

Frau Dr. Magdowski schlägt vor, zum Thema in der Sitzung am 27.11.2012 nochmals aktualisiert zu berichten und einen Zeitplan vorzulegen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu den Punkt in der Sitzung am 27.11.2012 erneut aufzurufen.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 **Neubau einer Skaterhalle** **Mitteilungsvorlage: 12/SVV/0590** FB Bildung und Sport

Herr Abraham erhält Rederecht. Er spricht für den Verein Rollrausch Potsdam e. V, welcher Mitglied im Rollsportkollektiv ist. Der Verein setze sich für den Neubau einer Skaterhalle ein. Im Ergebnis des Prüfauftrages sei festzustellen, dass die Prüfkriterien für die Nutzer zu hoch angesetzt waren und die zukünftigen Nutzer nicht in den Prüfauftrag einbezogen wurden. Man wünsche sich eine Einbeziehung der Nutzer. Die alte Halle wurde 2008 abgerissen und der Bedarf für einen Ersatz sei hoch. Außerdem sei der 10 Punkte Plan der AJKP (Alternative Jugendkultur Potsdam) bisher nicht abgearbeitet. Den Verein interessiert, warum die Zusammenstellung, was eine Skaterhalle haben müsste, keine Berücksichtigung findet.

Herr Wapenhans erläutert, dass entsprechend der Prüfung ein Standort an der der Pierre de Coubertin-Oberschule geeignet wäre. Allerdings würde die Umgestaltung des Sportfeldes ohne Halle ca. 500 TEUR kosten. Für die Halle müsste eine externe Planung beauftragt werden. Bei den aufgezeigten Varianten würden sich die Kosten je nach Ausstattungsgrad zwischen ca. 880 TEUR und ca. 4,5 Mio. EUR bewegen. Er könne nicht in Aussicht stellen, dass man sich bei einer konkreten Planung, die jedoch Geld kosten würde, finanziell in anderen Bereichen bewegen würde. Auch sei die Frage zu klären, ob es sich um eine unabwendbare Baumaßnahme oder um einen freiwilligen Bereich handle. Bisher sei der Bau nicht vorgesehen, da andere Prioritäten gesetzt würden und er darüber hinaus durch Kredit finanziert werden müsse, wozu auch eine Genehmigung der Kommunalaufsicht erforderlich ist.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass sich die abgerissene Halle in privatem Eigentum befand, sonst hätte die Stadt Ersatz schaffen müssen. In der Arbeitsgruppe Schulinvestitionen wurde festgestellt, dass man auch an anderen Stellen zu wenig Geld für definierte Bedarfe habe. Die Verwaltung muss an dieser Stelle erklären, man habe derzeit dieses Geld nicht. Derzeit ist es nicht machbar.

Herr Szilleweit meint, man sei dabei es auf die lange Bank zu schieben. Hier sei Kreativität gefragt. Man könne zum Beispiel ein Parkhaus erhöhen. Seitens des KIS bekomme man immer hohe Preise benannt. Er fände es richtig, sich dem Problem zu stellen.

Herr Wollenberg findet bei allen Bauvorhaben die Kostenvorschläge des KIS faszinierend. Außerdem werde im Vorfeld grundsätzlich nicht mit den Nutzern gesprochen. Er fragt, warum das nicht statfinde.

Auch **Herr Zeller** kritisiert die mangelnde Einbeziehung von Nutzern. Er regt an, dass die Fachverwaltung an dieser Stelle moderieren sollte.

Frau Dr. Magdowski verweist auf das Beispiel Westkurve. Hier habe sie die Erfahrung gemacht, dass die Moderation nichts gebracht hat.

Frau Bankwitz findet es bedauerlich, dass nur Mittel in den Spitzensport fließen. Hier handle es sich um eine Trendsportart. Sie wünscht sich mehr Kreativität.

Prüfen könnte man Möglichkeiten im Parkhaus Schiffbauergasse, im Freiland oder Blauhaus.

Herr Klamke spricht sich dafür aus, dass auch Trendsportarten ihre Berechtigung haben. Er erinnert aber an die Motorsporthalle oder die Turnhalle in der Kurfürstenstraße, die für Schul- und Vereinssport genutzt werden. Erst wenn sich die Bedingungen für den Schulsport verbessert haben, könne man daran denken, die Bedingungen für den Breitensport zu verbessern.

Herr Zeller spricht sich positiv dafür aus, dass sich auch kleine Vereine organisieren und artikulieren. Man sollte jetzt reagieren, das Gespräch anbieten und fragen, was sie brauchen. Hier sei Kreativität gefragt. Auch die Einbeziehung in den Bürgerhaushalt wäre möglich. Seitens der Verwaltung, des KIS und des Ausschusses für Bildung und Sport sollte es ein gestalterisches Interesse geben.

Herr Szilleweit spricht sich dafür aus, Synergien zu prüfen und auch den Stadtsportbund einzubeziehen. Es sei nicht gut Schul- und Breitensport gegeneinander auszuspielen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage zum Neubau einer Skaterhalle zur Kenntnis.

zu 7.2 Wohnheimplätze am Luftschiffhafen

Vorlage: 12/SVV/0601

Fraktion DIE LINKE

neue Fassung vom 19.09.12

Herr Wollenberg trägt die im Finanzausschuss beschlossene geänderte Fassung vor.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, den geänderten Antragstext abzustimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **aufgefordert**, die Finanzierung des entstandenen Fehlbedarfs für den bei der Landesregierung darauf hinzuwirken, **die ausgefallenen EFRE-Mittel zur Errichtung des Wohnheimneubaus der Sportschule am Luftschiffhafen im kommenden Haushaltsjahr sicherzustellen durch eine anderweitige Landesförderung zu kompensieren. Damit soll die ausreichende Bereitstellung von Wohnheimplätzen für anspruchsberechtigte Sportschüler ab dem Schuljahr 2013/14 ist zu sichern gesichert werden.**

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im Dezember 2012 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Übertragung der Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Sachmitteln des Schulträgers auf die Schulen**Mitteilungsvorlage: 12/SVV/0571**

FB Bildung und Sport

Frau Rademacher informiert über das Prüfergebnis. Die Verwaltung habe gemeinsam mit den Schulleitungen geprüft, ob eine noch stärkere Einbeziehung der Schulen in die Prozesse der Mittelbewirtschaftung und der Vergabe möglich ist. Diese Prüfung begann im April 2011 im Rahmen eines Pilotprojektes mit den drei Oberstufenzentren. Ab August 2011 wurde darüber hinaus eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Schulleitungen der Schulformen Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien gebildet. Seitens der Grund- und Förderschulen, gab es keinen Mitwirkungsbedarf. Insgesamt sei ein erfolgreicher Projektverlauf mit einer Vielzahl von Ergebnissen zu verzeichnen. So wurde z. B. die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Haushaltsplanung und -durchführung erhöht, bestehende Handkassenvorschüsse erweitert sowie Fortbildungen für Schulleitungen und Verwaltungsmitarbeiter der Schulen durchgeführt. Aus Sicht aller Beteiligten stellte sich der Projektverlauf als positiv dar.

Frau Michalske Acioglu möchte wissen, warum es seitens der Grund- und Förderschulen keinen Handlungsbedarf gab.

Herr Weiberlenn erklärt, dass die Schulleiter gefragt wurden. Die Rückmeldungen ergaben, dass die Schulleiter mit dem Verfahren einverstanden seien. Es gab Bedenken bezüglich des Mehraufwandes. Von den Ergebnissen wollen die Schulen partizipieren, sie wollten aber nicht in der Arbeitsgruppe mitarbeiten.

Herr Wollenberg kann verstehen, dass Grundschulen der bürokratische Mehraufwand abschreckt. Die Verwaltung sollte darüber nachdenken, wie Entscheidungsfreiheit von Schulen ohne hohen Verwaltungsaufwand möglich sein könnte. Er fragt, warum die Schulen angewiesen sind, keine Schulkonten mehr zu führen.

Herr Weiberlenn informiert, dass es diesbezüglich ein Veto des Rechnungsprüfungsamtes und der Stadtkasse gab, weil die Verfahrensweise so nicht rechtens sei. Der Fachbereich versuche gegenwärtig den Schulen das zu erläutern. Insofern war die durch den Fachbereich seinerzeit getroffene Entscheidung verfrüht. Die Frage ist, wie man es künftig für die Schulen praktikabel regeln kann.

Frau Krause fragt, ob Klassenkonten auch geschlossen werden müssen.

Herr Weiberlenn erklärt, dass unter Schulkonten Konten zu verstehen sind, welche die Schule im Namen der Landeshauptstadt Potsdam führt. Private Konten seien nicht betroffen.

Herr Ziebarth spricht sich dafür aus, die Selbständigkeit von Schulen weiter zu befördern. Er verweist auf das MOSES Projekt, in dessen Ergebnis deutlich zu sehen war, wie einzelne Schulen damit umgehen. Das sollte man auf andere Schulen ausdehnen. Für die Konten seien die Fördervereine der Schulen da.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage zur Übertragung der Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Sachmitteln des Schulträgers auf die Schulen zur Kenntnis.

zu 7.4 **Gesamtschule am Standort Schilfhof**
Vorlage: 11/SVV/0338
Fraktion DIE LINKE

Herr Wollenberg erklärt, dass der Antragstext dazu beauftragt, eine Gesamtschule am Standort Schlaatz zu errichten. Es gebe Zeitdruck hinsichtlich des anlaufenden Ü 7-Verfahrens. Die Eltern brauchen ein klares Signal, ansonsten könne es zu einem Fehlstart an diesem Schulstandort kommen. Er bringt folgenden **geänderten Antragstext** ein:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, am Standort Schilfhof, Stadtteil Schlaatz, zum Schuljahr 2013/2014 eine weitere, in der SEK I bis zu fünfzügige, in der SEK II dreizügige Gesamtschule einzurichten. Der SVV-Beschluss 10/SVV/0409 zur Errichtung einer Oberschule am Standort wird aufgehoben.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass man für Potsdam die Situation der Oberschulen überdenken müsse. Das Staatliche Schulamt habe darauf verwiesen, dass sich Eltern in Richtung Gesamtschule orientieren werden.

Herr Menzel verweist auf die Debatte zum letzten Ü 7-Verfahren. Dort wurde angesprochen, dass es in der Stadt zwei Gesamtschulen gebe, die heimliche Gymnasien seien. Er möchte anregen, bei Eröffnung einer weiteren Gesamtschule diese beiden Gesamtschulen dazu zu verpflichten, zur Drittelregelung zurückzufinden.

Herr Wollenberg teilt das Anliegen möchte es aber nicht in den Antrag aufnehmen. Er verweist darauf, dass er Gelegenheit hatte, in die Unterlagen einzusehen und sich überzeugen konnte, dass das Aufnahmeverfahren rechtens ist. Letztendlich entscheiden Eltern, ob sich ein Schüler mit der Empfehlung FOR oder AHR bewirbt.

Herr Dünn lässt den geänderten Antrag abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, am Standort Schilfhof, Stadtteil Schlaatz, zum Schuljahr ~~2012/2013~~ **2013/2014** eine weitere, **in der SEK I bis zu fünfzügige, in der Sek II dreizügige** Gesamtschule einzurichten.

~~Zum Stand der Umsetzung ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer September-Sitzung 2011 zu informieren.~~

Der SVV-Beschluss 10/SVV/0409 zur Errichtung einer Oberschule am Standort wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 8 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 8.1 Schulessen - Bericht zu den Potsdamer Krankheitsfällen

Frau Rademacher informiert, dass nach heutiger Rücksprache mit dem Bereich Gesundheits- und Veterinärwesen seit dem 09.10.2012 keine weiteren Krankheitsmeldungen von Schulen gegeben habe.

Die Gesamtzahl von 163 Erkrankungen teilt sich wie folgt auf die fünf betroffenen Schulen auf:

Friedrich-Wilhelm-von-Steuben Gesamtschule (46)	5 Schüler/-innen
Gerhart-Hauptmann-Grundschule (12)	31 Schüler/-innen, 1 Lehrkraft
Grundschule am Priesterweg (20)	52 Schüler/-innen
Grundschule am Griebnitzsee (33)	54 Schüler/-innen
Weidenhof-Grundschule (40)	16 Schüler/-innen, 4 Lehrkräfte

Im Fachbereich Bildung und Sport hat sich der Schulleiter der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Gesamtschule im Vorfeld einer anstehenden Schulkonferenz über eine mögliche Kündigung des Versorgungsvertrages erkundigt. Der MAZ vom 18.10.2012 war zu entnehmen, dass die Eltern der Grundschule am Priesterweg wünschen, dass der Anbieter gewechselt wird. Dem gleichen Artikel war zu entnehmen, dass die Eltern der Weidenhof-Grundschule bei Sodexo bleiben wollen. Weitere Meldungen über beabsichtigte Kündigung von Versorgungsverträgen liegen dem Fachbereich nicht vor.

Herr Dünn äußert Befremden darüber, dass die Verwaltung lediglich durch die Presse informiert wurde und bittet die Verwaltung zur nächsten Sitzung um Beschreibung der Alarmkette in solchen Fällen.

Herr Menzel verweist darauf, dass die Eltern das Ministerium kritisiert hätten, weil die Warnkette nicht funktioniert habe. Er möchte wissen, ob es in Potsdam funktioniert hat, wann die Meldungen kamen und was man unternommen hat.

Frau Rademacher erklärt, dass der Fachbereich von der Sache aus den Nachrichten erfahren habe. Es gab Kontakt zum Gesundheitsamt und zu einzelnen Schulen. Der Fachbereich Bildung und Sport habe durch Selbstorganisation reagiert.

Herrn Menzel geht es darum, für die Zukunft sicherzustellen aus dieser Sache zu lernen. Für solche Fälle müsse es ein Alarmsystem geben.

Es schließt sich eine kurze Diskussion der Ausschussmitglieder an.

zu 9 Sonstiges

Einbau einer Schulküche an der Pierre de Coubertin-Oberschule

Herr Weiberlenn informiert, dass der KIS vor etwa anderthalb Jahren in der Schulkonferenz der Coubertin-Oberschule die Planung vorgestellt habe. Das Ergebnis habe weitgehend die Zustimmung der Schulkonferenz gefunden. Im Finanzplan war die Sanierung der Küche mit ca. 100.000 Euro vorgesehen. Nachdem der KIS die Bauleistungen ausgeschrieben hatte, hat die Schule Anforderungen für ein größeres Projekt formuliert. Aus ca. 130.000 Euro wurden 450.000 Euro. Der KIS hat zugestimmt das ursprünglich mit der Schulkonferenz abgestimmte Projekt umzusetzen. Gegenwärtig werden durch den KIS Varianten zur Umsetzung der Vorschläge der Schule geprüft. Man hofft, dass es gelingt das

Projekt der Schule durchzuführen. Das Prüfergebnis wurde für Ende Oktober zugesagt. Wenn keine Einigung erzielt werden kann, müsse es eine neue Gesprächsrunde geben.

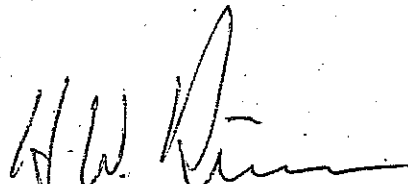
Frau Michalske möchte gern informiert werden, wenn die nächste Gesprächsrunde stattfindet.

Herr Menzel und **Frau Kruczek** fragen, ob der Termin für die Breitensportkonferenz schon bekannt sei.

Frau Dr. Magdowski informiert, dass diese am 11.12.2012 sein wird.

Frau Dr. Magdowski verweist darauf, dass das Land Ergebnisse der Schulvisitation für die Öffentlichkeit freigegeben hat und fragt, ob die Berichte durch die Ausschussmitglieder eingesehen werden können.

Herr Dörnbrack verneint. Bisher konnten die Schulen selbst entscheiden ob veröffentlicht wird oder nicht.


Hans-Wilhelm Dünn
Ausschussvorsitzender


Gudrun Wildgrube
Schriftführerin